

Gastbeitrag

Gefährliches Spiel mit unserem Strom: Auf Wind allein ist kein Verlass!

Windkraft-Experte Manfred Brugger kritisiert in seinem Gastbeitrag staatliche Subventionen für weitere Windräder. Er hatte zu dem Thema u.a. das Buch „Windwahn“ veröffentlicht.

POLITIK • LESEDAUER: 3 MIN.

In Süddeutschland entstehen immer mehr Windkraftanlagen. Gastautor Manfred Brugger stellt den ökologischen und ökonomischen Nutzen infrage.
(Foto: SZ/Patrick Pleul/dpa)



Von

- Manfred Brugger

Veröffentlicht: 26.07.2025 • 17:00 Uhr

[Artikel teilen](#)

Am 7. Juli 2022 verabschiedete der Deutsche [Bundestag](#) ein umfassendes Gesetzespaket zur Energiewende. Es sollte den Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigen und den Grundstein für eine klimaneutrale Stromversorgung legen. Doch knapp zwei Jahre nach Inkrafttreten zeigt sich: Der Wind hält sich nicht an politische Pläne.

Mit dem Gesetz setzte die Ampelkoalition ein zentrales Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um: Zwei Prozent der Bundesfläche sollen für Windenergie an Land reserviert werden. Die neue Gesetzeslage verankert die Erneuerbaren als „überragendes öffentliches Interesse“ mit Vorrang gegenüber anderen Schutzgütern. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betonte damals, man sichere damit „eine energiepolitisch stabile Zukunft“.

Bürgerproteste häufen sich

Tatsächlich haben sich seit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Februar 2023 die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen deutlich beschleunigt. Doch diese Entwicklung geht nicht ohne Reibungen vonstatten: Bürgerproteste häufen sich, während lokale Bedenken häufig hinter dem gesetzlich verankerten Vorrang für Erneuerbare zurückstehen müssen.

Während die neue Regierung in [Berlin](#) den Kurs bei der Windkraft hält, zeigt ein Blick auf die Zahlen der europäischen Windenergiebranche ein ernüchterndes Bild. WindEurope (windeurope.org) liefert täglich Daten für Windstrom. Die Auswertung der Monate Mai und Juni 2025 offenbart: Der

Anteil der Windenergie am europäischen Stromverbrauch schwankte zwischen 8,2 % und 26 %. Der Mittelwert über die Monate liegt konstant bei rund 15 %.

Nicht verlässlich

In Deutschland lag die durchschnittliche tägliche Windstromproduktion bei 257,4 GWh, was einer mittleren Leistung über 24 h von etwa 10,7 GW entspricht – bei installierten 72,2 GW. Das ergibt eine effektive Ausbeute von lediglich 14,85 %. Europaweit liegt der Wert sogar noch niedriger bei 13,72 % – was verdeutlicht: Windenergie liefert nicht kontinuierlich und verlässlich den benötigten Strom.

Das Paradoxon des Ausbaus

Trotz dieser niedrigen Ausbeute wird der Windkraftausbau unbeirrt vorangetrieben. Die Konsequenz: Immer höhere Erzeugungsspitzen führen vermehrt zu Abschaltungen, um Netzüberlastungen zu vermeiden. Strom, der nicht genutzt, aber dennoch vergütet wird (Phantomstrom).

Gleichzeitig wächst der Widerstand gegen die Versiegelung von Flächen und die Zerstörung naturnaher Landschaften und es stellt sich die Frage: Wenn die Produktionsfenster ausgereizt sind, welchen Sinn ergibt der massive weitere Ausbau? Die politische Antwort darauf bleibt bislang aus – und auch der Wind liefert keine.

Die wirtschaftliche Motivation für den Bauboom bei Windkraftanlagen ist offensichtlich: Was früher als Hochrisiko-Investition galt, ist heute ein staatlich abgesichertes Renditemodell. Möglich machen es das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit garantierten Einspeisevergütungen von derzeit 9,8 Cent pro Kilowattstunde, die Direktvermarktung über die Strombörse sowie der deutlich gestiegene Strompreis.

Windkraft ist zur Gelddruckmaschine geworden

Windkraft ist damit für Investoren zur Gelddruckmaschine geworden, mit staatlichem Rückenwind, unabhängig von der tatsächlichen Effizienz der Anlagen. Kosten für Netzausbau, Backup-Kapazitäten oder Stromimporte bei Flaute tragen nicht die Betreiber, sondern die Allgemeinheit. Die finanziellen Risiken wurden so weitgehend sozialisiert, der Gewinn jedoch privatisiert.

Offen bleibt die Frage, was nach Ablauf der Förderperiode geschieht. Viele Anlagen werden dann technisch veraltet oder wirtschaftlich unrentabel

sein. Wie wird die Versorgung dann gesichert, wenn Windenergie wegfällt und es keine Förderung mehr gibt?

Fazit: Der Wind lässt sich nicht gesetzlich regulieren. Die Energiewende braucht mehr als politische Zielvorgaben, sie braucht ehrliche Analysen, realistische Erwartungen und vor allem tragfähige Konzepte für eine nachhaltige und sozial ausgewogene Stromversorgung. Denn eines steht fest: Auf den Wind allein ist kein Verlass.